



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♣: Die neue Lage in Frankreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die neue Lage in Frankreich.

Vor einigen Tagen haben die gesetzgebenden Körperschaften in Paris ihre Arbeiten wieder begonnen und zwar unter wesentlich veränderten Verhältnissen. Mit den letzten Senatswahlen ist die französische Republik in ein neues Lebensstadium getreten, in welchem eine ernste Gefährdung derselben durch die monarchischen Parteien nicht mehr möglich ist. Der Bestand der Republik ist jetzt auf so lange gesichert, als die Sieger, die von Jahr zu Jahr stärker geworden sind, sich mit der durch die Umstände gebotenen Mäßigung vor Ueberspannung ihrer Ansprüche und vor Uebereilung bei der Verwirklichung ihrer Ideale hüten. Wenn wir wünschen und im Hinblick auf den Einfluß und das bisherige Verhalten Gambetta's hoffen, daß dies geschehe, so leitet uns dazu nicht sowohl Sympathie mit Frankreich oder Vorliebe für republikanische Einrichtungen als vielmehr unser eignes Interesse, das bei der Beurtheilung ausländischer Ereignisse und Zustände immer das entscheidende sein sollte.

Die neue Lage in Frankreich bedeutet, so lange sie ungestört bleibt, Stärkung der Friedenshoffnungen in Europa. Auch eine gemäßigte republikanische Regierung würde aus leichtbegreiflichen Gründen zu einem Kriege mit Deutschland keinen Verbündeten finden, und ohne Allianz werden die Franzosen uns schwerlich anzugreifen wagen. Auch eine gemäßigte französische Republik muß andererseits eine ähnliche Stellung zu den Ansprüchen des Vatikans auf Nebenregierung neben den staatlichen Gewalten einnehmen, wie das deutsche Reich sie seit dem Beginn des „Kulturkampfes“ einnimmt, und so werden wir die jetzt zur Herrschaft gelangte große Partei in Frankreich, so wenig sie uns auch sonst wohlwollen mag, in dieser Beziehung als stille Allirte betrachten dürfen. Der Papst wird sich im Hinblick hierauf über kurz oder lang zu Zugeständnissen herbeilassen müssen, die uns genügen.

Blicken wir auf die Entwicklung der Dinge zurück, die mit den letzten Senatswahlen ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat, so gewahren wir ein stetiges Anwachsen der republikanischen Kräfte trotz aller Anstrengungen der

Anfangs übermächtigen und noch vor kurzem nicht ohnmächtigen Gegner. Die 1871 „in einer Unglücksstunde gewählte“ Nationalversammlung bestand Anfangs der Mehrzahl ihrer Mitglieder nach aus Monarchisten, die bis 1876, dem Zeitpunkte, wo die neuvereinbarte Verfassung in's Leben trat, nicht aufhörten, gegen die thatsächlich bestehende Regierungsform zu arbeiten, und nur deshalb nicht Erfolg hatten, weil die drei Parteien, in die sie zerfielen, sich in Betreff ihrer verschiedenen Ziele nicht verständigen konnten. Die Wirkung des Aufstandes der Kommunards auf die französische Bevölkerung unterstützte die Bestrebungen der monarchischen Parteien; denn die Thorheiten und Greuel desselben erschienen Vielen nicht als Auswuchs, sondern als nothwendige Folge und als Gipfelpunkt der republikanischen Tendenz. Frankreich wollte vor allem Ordnung und Frieden, und die schienen der Mehrzahl zunächst nur in einer starken Monarchie zu erreichen zu sein. Die „Fusion“ der Legitimisten mit den Orleanisten aber, die dazu verhelfen sollte, zerschlug sich an dem bornirten Starrsinn des Grafen Chambord, der die verhasste „weiße Fahne“ erhob und damit die politische und kirchliche Reaktion als sein Ziel bezeichnete. Waren dadurch die Aussichten der Monarchisten wesentlich getrübt, so wurde gleichzeitig die republikanische Sache durch die Erfolge gestärkt, auf welche der ihr aufrichtig ergebene Thiers namentlich auf finanziellem Gebiete hinweisen konnte. Ende August 1871 wurde derselbe auf drei Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt und die republikanische Staatsverfassung provisorisch angenommen. Wie die Nachwahlen zur Nationalversammlung und die Wahlen zu den Generalrathen der Departements zeigten, nahm von nun an die Hinneigung zur Republik in der Bevölkerung allmählich zu. Die Mehrheit in der Gesetzgebung, darüber erschrocken, beeilte sich, das ihr noch immer verbliebene Uebergewicht nach Möglichkeit auszunutzen, und da Thiers ihr zu Gefallen die Bestrebungen der Ultramontanen begünstigte, erregte er das Mißtrauen der Liberalen, ohne doch, da er die Republik den ihm vorgetragenen Wünschen der Rechten nicht aufopfern wollte, die Neigung der Konservativen zu gewinnen. Wäre er nicht in Folge seines persönlichen Ansehens für die Ordnung der Finanzen des Landes und die damit zusammenhängende baldige Räumung desselben von Seiten der deutschen Okkupationstruppen bis auf weiteres unentbehrlich gewesen, so würde man ihn ohne Verzug gestürzt haben, und als er nach dem Gelingen der betreffenden Anleihen und dem Abzug der Deutschen überflüssig geworden zu sein schien, ging die Rechte sofort daran, ihn zu beseitigen, wobei die Bonapartisten, deren Partei inzwischen an vielen Orten durch Wiederaufleben der Erinnerung an die guten Seiten des Kaiserthums und ebensosehr durch die Manöver der demselben zugethanen Beamten gewachsen war, die Hauptrolle übernahmen.

Am 5. Dezember 1872 wurde auf Vorschlag des Justizministers Dufaure eine Kommission zur Regelung der Beziehungen der Staatsgewalten gewählt, in welcher die Rechte die entschiedene Mehrheit hatte. Am 13. März 1873 nahm die Nationalversammlung den Antrag dieser Kommission, nicht eher auseinanderzugehen, als bis über die Organisation der Legislativen und der exekutiven Gewalt und über die Errichtung und die Befugnisse einer ersten Kammer entschieden sei, mit 411 gegen 237 Stimmen an. Am 2. April zwang die Majorität der Versammlung Grévy, ihren republikanisch gesinnten Präsidenten, zur Niederlegung seines Amtes und ersetzte ihn durch Buffet, den Kandidaten der Rechten. Am 24. Mai endlich wurde Thiers, nachdem er die Erklärung abgegeben, die Monarchie sei vorläufig eine Unmöglichkeit, die Republik eine Nothwendigkeit, durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt genöthigt und der Marschall Mac Mahon zum Präsidenten gewählt. Derselbe umgab sich mit einem Ministerium, das aus den Reihen der drei monarchischen Fractionen zusammengesetzt und dessen Leiter Broglie war. Nachdem die Nationalversammlung im Einklang mit diesem Ministerium mehrere Gesetzesvorschläge erledigt hatte, von denen einer die Klerikalen begünstigte, ein anderer das von Thiers eingeführte Schutzollsystem stürzte, vertagte sie sich im Juli. Ein abermaliger Versuch, eine Verschmelzung der Legitimisten mit den Orleanisten zu Stande zu bringen, hatte keinen besseren Erfolg als der erste. Anfangs August erschien der Graf von Paris in Frohsdorf beim Grafen Chambord, um ihm als oberstem Vertreter des monarchischen Prinzips in Frankreich zu huldigen, und schon hatte sich die Mehrheit der Rechten zu einem Antrag auf Zurückführung des „Königs Heinrich V.“ auf den französischen Thron vereinigt, als durch ein Schreiben des Frohsdorfer Exulanten, welches jedes Zugeständniß an die modernen Vorstellungen von Staat, Regierung und Kirche verweigerte, alle Hoffnungen auf das Gelingen der bourbonischen Restauration zu nichte gemacht wurden.

Die Rechte gab deshalb ihre Sache noch keineswegs auf. Ihre drei Fractionen verbanden sich zur Verlängerung und Ausbeutung des Provisoriums, und als Mac Mahon die Herstellung einer dauernden und starken Exekutivgewalt verlangte, beschloß die Versammlung am 20. November die Verlängerung seiner Präsidentur auf sieben Jahre. Unter dem neuen Cabinet, mit dem er sich umgab, und in dem Broglie den Vorstz behielt, gebieh vor Allem der Ultramontanismus, der in den Hirtenbriefen seiner Bischöfe die feindselige Gesinnung gegen Deutschland, die ihn beseelte, deutlich kund gab und sein sonstiges Wesen in zahlreichen Erscheinungen der Mutter Gottes, Wundern und zahlreich besuchten Wallfahrten äußerte. Verschiedene reaktionäre Gesetzeswürfe der Regierung des Präsidenten wurden von der Mehrheit der Abgeord-

neten gutgeheißen. Ein Gesetz vom 23. Januar 1874 zerstörte, indem es die Ernennung der Maires in die Hände der Regierung legte, alle Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung. Ein anderes unterwarf die Armee der Beaufsichtigung der Geistlichkeit. Die Beamtenstellen wurden mehr und mehr mit Monarchisten besetzt, und zwar berücksichtigte man dabei vorzüglich die Fraktion der Bonapartisten, die, je mehr die Erinnerung an den Krieg in der Bevölkerung verblaßt und je lebhafter die Sehnsucht nach Rückkehr der materiell so günstigen früheren Zeiten des Kaiserreichs geworden war, weiter Boden gewonnen hatten und bei den Nachwahlen des letztgenannten Jahres eine ziemlich große Anzahl von Mandaten eroberten. Am 16. Mai stürzten sie in vorübergehender Koalition mit der Linken durch Ablehnung eines von der Regierung eingebrachten, das allgemeine Stimmrecht stark beeinträchtigenden Wahlgesetzes das Ministerium Broglie, doch trat an dessen Stelle unter General Cissey's Vorsitz ein wesentlich gleichgesinntes Kabinet, auch blieb die Mehrheit der Nationalversammlung der Sache der Reaktion getreu. Die dramatischen Werke wurden wieder unter Zensur gestellt, über einige vierzig republikanische Zeitungen wurden Strafen verhängt, die von der Linken beantragte definitive Organisation der Republik wurde von der Regierung als unzeitgemäß bekämpft, und die Nationalversammlung lehnte sogar die vom Präsidenten geforderte Organisation des Septennats als Befestigung der republikanischen Regierungsform ab, bewies damit aber nur weiter, daß sie zu positiven Schöpfungen untauglich war. Sie hätte sich in Folge dessen auflösen sollen, beschloß aber lediglich Vertagung.

Während ihre Arbeiten ruhten, fanden im November die Gemeinderathswahlen statt und fielen fast in allen großen Städten entschieden zu Gunsten der republikanischen Partei aus, und bei den Nachwahlen zur Nationalversammlung gewannen die Republikaner nahezu gleich viele Mandate wie die Bonapartisten, während die Regierung keinen ihrer Kandidaten durchbrachte. Immer mehr mußte sich der gemäßigten Rechten, d. h. den Orleanisten, die Ueberzeugung aufdrängen, daß ihre Partei nichts mehr zu hoffen habe. Sie sahen nur noch die Alternative: Kaiserthum oder Republik vor sich, und da die letztere als das geringere Uebel erschien, wenn es gelang, ihr gemäßigte Formen zu geben, so entschloß man sich, zur Herstellung der Republik in dieser Gestalt mitzuwirken.

Die Folge dieses Entschlusses, der die Mehrheit, welche Thiers gestürzt, zerfallen ließ, zeigte sich sogleich nach dem Wiederzusammentritt der Versammlung, der am 5. Januar 1875 stattfand. Die Botschaft des Marschall-Präsidenten, welche schleunige Organisation des Septennats unter Verzicht auf eine Entscheidung bezüglich des endgiltigen Charakters der Staatsform forderte, wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt, worauf das Ministerium Cissey

seine Entlassung einreichte. Am 21. Januar begann die Berathung der Verfassungsvorlagen, und es kam zu sehr lebhaften Debatten. Bei der zweiten Berathung dieser Gesetze, welche die Regierungsform des Landes definitiv feststellen sollten, wurde das Amendement Wallon's, welches bestimmte, daß der Präsident „der Republik“ von den beiden Kammern der Gesetzgebung auf sieben Jahre gewählt und wieder wählbar sein sollte, von der Linken und einem Theil des rechten Zentrums (353 gegen 352 Stimmen) angenommen, und Broglie's und Mac Mahon's Auffassung, daß bis auf bessere Tage ein Provisorium mit reaktionärer Tendenz das Wünschenswerthe sei, war als nicht übereinstimmend mit der Meinung der Majorität des französischen Volkes und seiner Vertreter charakterisirt.

Später fanden auch die weiteren Anträge Wallon's zur Organisirung der Republik Annahme, darunter das Gesetz in Betreff der Bildung eines Senats oder einer ersten Kammer, nach welchem diese Körperschaft aus 300 Mitgliedern bestehen sollte, von denen 225 von Notabeln der Departements und 75 von der Nationalversammlung gewählt werden sollten. Am 25. Februar nahm letztere die gesammte Verfassung mit 436 gegen 262 Stimmen an. Die Republik war — auf dem Papier — endgiltig begründet, das Provisorium hatte — wenn die Partei der Rechten ehrlich war — ein Ende, Mac Mahon mußte den Umständen Rechnung tragen, Broglie aufgeben und ein Kabinet unter Buffet's Vorsitz wählen, in welchem die Mitglieder, welche dem rechten Centrum angehörten, die Mehrheit bildeten.

Das war die erste Periode des Lebens der französischen Republik, und die zweite, die noch in frischer Erinnerung ist, und die wir deshalb nicht nach ihren Einzelheiten betrachten, war in ihren ersten anderthalb Jahren nicht viel erfreulicher für die aufrichtigen Republikaner. Zwar wurde die zweite Kammer durch die Wahlen und Nachwahlen fortdauernd eine festere Stütze des republikanischen Baues, aber die Gegner desselben hatten in der ersten die große Mehrzahl der Stimmen für sich, und der Geist der Reaktion lebte im Senat offenkundig, in der Umgebung des Präsidenten im Stillen mit den alten Plänen fort, ja er feierte noch im Mai 1877 den bekannten kurzen Sieg, und selbst als diesem in den Oktoberwahlen jenes Jahres eine klägliche Niederlage gefolgt war, währte die Gegenwirkung der oberen Hälfte der Gesetzgebungsmaschine gegen die untere in unersprießlichster Weise fort, bis endlich die Senatorenwahlen vom 5. Januar dieses Jahres diesem Unwesen ein Ziel setzten.

Diese Wahlen haben gezeigt, daß die Bevölkerung Frankreich's in weit größerer Ausdehnung als erwartet wurde, d. h. auch in Landstrichen, die bisher unbestrittene Domäne der antirepublikanischen Allirten waren, zu der

Ueberzeugung gelangt ist, daß sich in der Republik leben läßt, daß sie Frieden, Ordnung und Gedeihen bedeuten kann, und daß man den Versuch fortsetzen darf, dies durch die Erfahrung zu erproben. Eine Umkehrung der Verhältnisse wie diese ist selten dagewesen. Bisher waren die Reaktionsäre im Senat um 38 Stimmen stärker als die Freunde der Republik, fortan werden die letzteren 58 Stimmen mehr als jene zählen. Bei der ersten Senatorenwahl belief sich die Zahl der Wähler, die für reaktionsäre Kandidaten stimmten, auf 14 000, während sie jetzt auf 3000 herabgesunken ist, die der republikanisch votirenden war damals nur etwa 5000, wogegen sie bei der Wahl vom 5. Januar 16 000 betrug.

Am übelsten aber sind gerade die Bonapartisten gefahren, diejenige Partei, welche in den letzten fünf Jahren am sichersten und anspruchvollsten auftrat. Für immer abgethan jedoch sind sie keineswegs. Sie sind unpopulär geworden, aber sie können ihre einstige Popularität unter Umständen wiedergewinnen. Der Graf Chambord ist bei der großen Mehrheit der Franzosen entschieden in Mißkredit gerathen und völlig ungefährlich geworden. Er bedeutet dem Bauer — abgesehen von wenigen Gegenden, die sich daran nicht stoßen — Adelsvorrechte und Priesterherrschaft. Mit den Orleans steht es wenig besser: sie hatten in den dreißiger Jahren den größten Theil der Intelligenz des Landes für sich, haben aber diese Gunst durch unstaatsmännisches Verfahren, durch unfürstliche Betriebsamkeit und durch ihre damit zusammenhängende Förderung unlauterer Manöver der Geldaristokratie verscherzt. Stirbt der Graf Chambord, so werden diese Bettern von ihm mit seinen Ansprüchen zu den genannten Makeln auf ihrem Schilde auch seine Unpopularität erben. Der Stern der Imperialisten aber kann sehr wohl wieder einmal aufgehen und hell erglänzen, wenn die Republikaner sich in ihrem Glücke nicht zu mäßigen verstehen, und die Mehrheit der Bevölkerung durch Ueberstürzungen und Ueber-eilungen der Gesetzgebung und Regierung an dem Glauben irre wird, die Republik gewährleiste ihnen die ersehnte Entwicklung in Ruhe und Frieden.

Für die nächste Zeit sind, wie gesagt, derartige Abweichungen von dem Wege, den die politische Klugheit vorzeichnet, nicht zu erwarten. Allerdings soll Gambetta geäußert haben, auf die Zeit der Gefahren werde jetzt die Zeit der Schwierigkeiten folgen, und allerdings liegen einige Fragen vor, die zu überspannten Forderungen von Seiten der Radikalen und zu Konflikten derselben mit den gemäßigten Republikanern am Ruder führen könnten. Eine der ernstesten von diesen Fragen ist in dem Beschluß der zur Untersuchung der Amtshandlungen des Ministeriums vom 16. Mai 1877 eingesetzten Kommission gegeben, die Mitglieder desselben in Anklagestand zu versetzen. Der Marschall Mac Mahon hat sich bei der Beseitigung dieses Ministeriums

Manches gefallen lassen, aber mit ziemlicher Sicherheit ist anzunehmen, daß er eher von seinem Posten zurücktreten, als einer Verurtheilung seiner früheren Rathgeber zustimmen wird. Es handelt sich ferner um die Beiseiteschaffung der antirepublikanischen Elemente unter den Verwaltungsbeamten, um die Ueberwindung des Widerstandes, den eine Anzahl von Vertretern des Richterstandes leistet, wobei vorzüglich die Absetzung der Generalprokuratoren am Kassationshofe und einigen Appellhöfen in Betracht kommt, um das Verhältniß des Staates zur Geistlichkeit, um eine mehr oder minder umfassende Amnestie für politische Verbrechen der letzten Zeit, endlich um bessere Besetzung der höheren Befehlshaberstellen im Heere — Fragen, zu deren ersprießlichem Aus-
trag es auf Seiten der einen Partei guten Willens, auf Seiten der andern weiser Mäßigung bedürfen wird. Die letztere ist bisher von Gambetta vertreten worden, die neu gewählten Senatoren gehören so wenig zu den Extremen der einen, wie zu denen der andern Partei, das Ministerium Dufaure wird sich nach Möglichkeit nachgiebig zeigen, und so werden diese Fragen und später vielleicht auch andere durch Kompromisse gelöst werden, die, wenn auch nicht Alle, doch die große Mehrheit im Parlament und im Lande draußen befriedigen.

Was freilich die fernere Zukunft bringen, ob der Wunsch nach Ruhe nicht mit der Zeit dem nach Veränderung überwiegen, was geschehen wird, wenn das Septennat abläuft, ob Gambetta, augenscheinlich der Befähigtste unter den Republikanern, seinen Ehrgeiz immer zu zügeln und den Verhältnissen anzupassen die Selbstüberwindung besitzen wird, sind Fragen, die sich nicht beantworten lassen. Es genügt, daß die Gegenwart und die nächste Zukunft Frankreich's nur leicht bewölkt erscheinen. Steigen später einmal Wolken auf, die uns bedrohen, so wird man bei uns Rath wissen. †

Der Ursprung der Parabel von den drei Ringen.

Woher Lessing die Parabel von den drei Ringen genommen, die er in seinen „Nathan“ verwoben, ist allbekannt. Es hat sich Niemand um die Quelle zu bemühen brauchen, wir kennen sie aus seinem eigenen Munde. In einem Briefe vom 11. August 1778*) schreibt er an seinen Bruder mit Bezug auf

*) Es ist diesen Winter just 100 Jahre her, daß Lessing den „Nathan“ schrieb. Am 14. November 1778 begann er mit der Versifikation des ersten Actes, und im Mai 1779